

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
Gemeinde Borkheide - ID 441 Es „sollten“ ausweislich der Begründung des Planentwurfs die Planungsaufträge der Regionalplanung fünf Jahre nach Inkrafttreten des LEP HR erfüllt sein. Eine zwingende Vorgabe trifft der Planentwurf aber nicht. Es ist damit weder klar, wann der LEP HR in Kraft tritt, noch wann alle Regionalpläne grundfunktionale Schwerpunkte ausweisen werden. Eine kurzfristige Absicherung noch vorhandener Versorgungsstrukturen wird durch die geplante Festlegung grundfunktionaler Schwerpunkte daher nicht erreicht werden können.	II.A.1 Erfordernis landesplanerischer Steuerung und Planungsaufträge Regionalplanung	Die Raumordnungsplanung ist in den deutschen Flächenländern regelmäßig in die - auch maßstabsmäßig - abstraktere Landesplanung und die konkretisierende Regionalplanung aufgeteilt. Dieser Sachverhalt ist auch in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg für das Land Brandenburg so organisiert und findet seine rechtliche Begründung in einem eigenständigen brandenburgischen Gesetz, welches u.a. die Aufgaben und die innere Verfasstheit der Regionalen Planungsgemeinschaften regelt. Mit dem vorliegenden LEP-Entwurf ist die Zuordnung weiterer Aufgaben von der Ebene der Landesplanung auf die Ebene der Regionalplanung vorgesehen. Regelmäßig kann eine Konkretisierung durch die Regionalplanung erst in Umsetzung oder Konkretisierung der Landesplanung erfolgen. Diese zeitliche Abfolge ist nicht vermeidbar und ist hinzunehmen. Die bisher vorgesehenen Kapitel II. A und II B. werden zusammengefasst. Es erfolgt eine deutliche Reduzierung des Umfangs und des thematischen Schwerpunkte des Kapitels Rahmenbedingungen. Auf eine Terminierung des Planungsauftrages wird verzichtet.	ja
Gemeinde Borkheide - ID 441 Der Entwurf des LEP HR kennzeichnet die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zutreffend als einen „vielfältigen Raum“. Diesen vielfältigen Raum durch landesplanerisches Handeln und entsprechende landesplanerische Steuerung zu gestalten - wie der Plan selbst als eines seiner Ziele vorgibt - gelingt ihm aber nicht. Insbesondere die höchst unterschiedlichen Entwicklungen im sog. weiteren Metropolenraum, betrachtet der Planentwurf nicht mit der	II.B.1 Entwicklungs- und Steuerungsansätze	Die Steuerungswirkung eines Planentwurfes, der voraussichtlich im Jahr 2019 in Kraft treten soll, kann nicht bereits vorab evaluiert werden. Das "Gelingen" wird sich wohl erst nach dem in Kraft treten beurteilen lassen.	nein

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
notwendigen Differenziertheit.			
<hr/>			
Gemeinde Borkheide - ID 441 Soweit der Entwurf des LEP HR eine Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bestehend aus den drei Strukturräumen Berlin, dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolenraum festlegt, lässt er außer Acht, dass nicht alle brandenburgischen Kommunen sich tatsächlich an der Bundeshauptstadt Berlin orientieren.	III.1.1 Strukturräume und Gebietskulisse/ Abgrenzung	Bereits im LEPro §§1,2 gibt es entsprechende Regelungen, die die relevanten Gegebenheiten und Entwicklungen wie die Orientierung einiger Landesteile Brandenburgs auf Metropolen/Ballungsräume in benachbarten Bundesländern oder Staaten im Rahmen der Landesplanung berücksichtigen. Auch die Verbindungsbedarfe zu Zentralen Orten in den angrenzenden Bundesländern und nach Polen wurden im LEP HR Entwurf berücksichtigt und dargestellt. Allerdings können rechtlich wirksame Festlegungen nur im Zuständigkeitsbereich der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg getroffen werden. Die Bedeutung dieses Themas wird nochmal betont, indem es in Kapitel II stärker herausgearbeitet wird. Zudem wird ein neuer Plansatz im Kapitel III.5 "Siedlungsentwicklung" aufgenommen, der auch die wichtigen Entwicklungsimpulse für den Weiteren Metropolenraum aus den benachbarten Metropolen zum Gegenstand hat. Daher soll auch die besondere Bedeutung, die der Zusammenarbeit im gesamten deutsch polnischen Verflechtungsraum, auch für die raumwirtschaftliche Entwicklung des Raumes zukommt, stärker herausgearbeitet werden.	ja
<hr/>			
Gemeinde Borkheide - ID 441 Der Titel des Landesentwicklungsplans wie seine Zielfestlegung Z 1.1 legen nahe, dass sich in Brandenburg tatsächlich alles um die Bundeshauptstadt Berlin dreht. Tatsächlich ist dies aber insbesondere in Regionen wie der Prignitz im Nordwesten, wie auch in den südlichen Landkreisen Elbe/Elster, Oberspreewald, Lausitz, Spree- Neiße nicht der Fall. Sie orientieren sich vielmehr an den	III.1.1 Strukturräume und Gebietskulisse/ Abgrenzung	Die Hauptstadtregion umfasst – entsprechend LEPro §1 (1) das Gesamtgebiet der Länder Berlin und Brandenburg. Der gewählte Name des LEP ist daher zutreffend und passend. Der in der Anregung kritisierte Fokus auf Berlin kann nicht nachvollzogen werden. Die raumordnerisch relevanten Gegebenheiten und Entwicklungen wie die Orientierung einiger Landesteile Brandenburgs auf	nein

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Metropolen Hamburg bzw. den sächsischen Großstädten Dresden und Leipzig. Gleiches gilt für den Landkreis Uckermark und seine Anbindung an den Ballungsraum der Metropole Stettin. Dass eine solche Orientierung möglicherweise regional andere Bedürfnisse beispielsweise hinsichtlich der Versorgungsfunktion, Pendleraktivitäten oder auch Kultur hervorruft, als dies für die „üblichen“ Gemeinden im weiteren Metropolenraum der Fall ist, berücksichtigt der Plan aufgrund seiner einseitigen Ausrichtung auf die Metropole Berlin nicht.</p>		<p>Metropolen/Ballungsräume in benachbarten Bundesländern oder Staaten wurden im Rahmen der Landesplanung berücksichtigt. So gibt es u.a. in §1 (4) und (5) LEPro entsprechende Regelungen. Auch die Verbindungsbedarfe zu Zentralen Orten in den angrenzenden Bundesländern und nach Polen wurden berücksichtigt und dargestellt. Allerdings können rechtlich wirksame Festlegungen nur im Zuständigkeitsbereich der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg getroffen werden. Die Bedeutung dieses Themas wird jedoch nochmal stärker betont, indem sie in Kapitel II stärker herausgearbeitet wird. Desweiteren wird ein neuer Plansatz im Kapitel III.5 "Siedlungsentwicklung" aufgenommen, der auch die wichtigen Entwicklungsimpulse für den Weiteren Metropolenraum aus den benachbarten Metropolen zum Gegenstand hat.</p>	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Es wird angeregt, die Bedeutung der Metropolen und Großstädte in den angrenzenden (Bundes-) Ländern einerseits und die Differenziertheit des weiteren Metropolenraums im Hinblick auf die einzelnen Festlegungen des LEP HR andererseits, stärker zu berücksichtigen.</p>	<p>III.1.1 Strukturräume und Gebietskulisse/ Abgrenzung</p>	<p>Bereits im §1 (4) LEPro gibt es entsprechende Regelungen, die die relevanten Gegebenheiten und Entwicklungen wie die Orientierung einiger Landesteile Brandenburgs auf Metropolen/Ballungsräume in benachbarten Bundesländern oder Staaten im Rahmen der Landesplanung berücksichtigen. Auch die Verbindungsbedarfe zu Zentralen Orten in den angrenzenden Bundesländern und nach Polen wurden im LEP HR Entwurf berücksichtigt und dargestellt. Allerdings können rechtlich wirksame Festlegungen nur im Zuständigkeitsbereich der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg getroffen werden. Um die Bedeutung dieses Themas jedoch noch stärker zu betonen, wird es in Kapitel II stärker herausgearbeitet. Zudem wird ein neuer Plansatz im Kapitel III.5 "Siedlungsentwicklung" aufgenommen, der auch die wichtigen Entwicklungsimpulse für den Weiteren Metropolenraum aus den benachbarten Metropolen zum Gegenstand hat. Ebenso soll die</p>	<p>ja</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>besondere Bedeutung, die der Zusammenarbeit im gesamten deutsch polnischen Verflechtungsraum, auch für die raumwirtschaftliche Entwicklung des Raumes zukommt, stärker betont werden. Mit der Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes, abzugrenzen. Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik hinsichtlich ihres räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes abgrenzen. Dieser kann innerhalb der Räume nach einem einheitlichen System gesteuert werden. Die drei Strukturräume mit ihren jeweils festgelegten Steuerungsansätzen tragen dem unterschiedlichen Steuerungsbedarf ausreichend Rechnung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Räume in sich homogen sind. Die funktionale und qualitative Vielfalt der Räume ist jedoch für das mit der Festlegung verfolgte Ziel nicht relevant. Es ist kein raumordnerischer Steuerungsbedarf erkennbar und wird auch vom Stellungnehmenden nicht dargelegt, der zu der Notwendigkeit der Abgrenzung weiterer Strukturräume oder zu differenzierteren raumordnerischen Instrumenten führen würde. Die als unvollständig empfundene Charakterisierung des Weiteren Metropolenraums wird ergänzt.</p>	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441 Die Gemeinde Borkheide ist wie die übrigen dem Amt Brück angehörigen Gemeinden nicht dem Berliner Umland zugeordnet. Ausweislich der Begründung ordnet der Entwurf des LEP HR Gemeinden dem Berliner Umland entsprechend ihrer Verflechtung mit Berlin zu. Die Verflechtung ergibt sich aus der Wanderungsbewegung von Berlin ins Berliner Umland und durch das Pendleraufkommen. In beiden Punkten weist die Gemeinde Borkheide jedoch deutlich Merkmale des Berliner Umlandes auf. So</p>	<p>III.1.1.2 Strukturraum Berliner Umland (BU)</p>	<p>Mit der Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes, abzugrenzen. Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik abgrenzen, um damit eine Zuordnung hinsichtlich des jeweiligen räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes treffen zu können. Die Untersuchung der entsprechenden Kennzahlen wurde für jede einzelne Gemeinde im Land Brandenburg durchgeführt, zum 1. Entwurf aus</p>	<p>nein</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>zeigt die Wanderungsstatistik, dass die Zuzüge aus Berlin konstant sind, die Wegzüge nach Berlin jedoch rückläufig. Die Voraussetzungen für Pendler sind mit einer Fahrtzeit von 45 Minuten zwischen dem Bahnhof Borkheide und Berlin Hauptbahnhof ideal und vergleichbar mit Gemeinden, die dem Berliner Umland zugeordnet sind (die Fahrtzeit von Werder (Havel) nach Berlin Hauptbahnhof etwa beträgt 35 Minuten und die Fahrtzeit von Oranienburg 50 Minuten). Die Attraktivität für Pendler ergibt sich zudem aus der direkten Anbindung an die Autobahn: Die Anschlussstelle Beelitz an die A 9 ist gut 3 km vom Ortskern entfernt. Wir schlagen daher eine Einordnung der Gemeinde in das Berliner Umland vor. Bleibt es bei der Einordnung in den Weiteren Metropolenraum, muss der LEP HR jedoch jedenfalls der Vielfalt und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Gemeinden dieses Raums ausreichend Rechnung tragen.</p>		<p>Kapazitätsgründen aber nur für die Gemeinden oberhalb der gewählten Abschneidegrenze kommuniziert. Mit der gewählten Methodik wird unter Einbeziehung wesentlicher Kennwerte (Daten und Indikatoren) zu Entwicklung, Dichte, Verflechtungsintensität, Lage, Distanz und Erschließung eine zweckmäßige und nachvollziehbare räumliche Zuordnung festgelegt. Die Pendler- und Wanderverflechtungen sind hierbei wichtige, aber nicht alleinige Indikatoren. Die Ergebnisse für alle Untersuchungsgemeinden, d.h. auch solche unterhalb der Abschneidegrenze wie die Stadt Beelitz, werden in der "Zweckdienlichen Unterlage" zum 2. Planentwurf dargestellt. Das bedeutet nicht, dass die Räume in sich homogen sind. Die funktionale und qualitative Vielfalt der Räume ist jedoch für das mit der Festlegung verfolgte Ziel nicht relevant. Die drei Strukturräume mit ihren jeweils festgelegten Steuerungsansätzen tragen dem unterschiedlichen Steuerungsbedarf ausreichend Rechnung. Es ist kein raumordnerischer Steuerungsbedarf erkennbar, der zu der Notwendigkeit der Abgrenzung weiterer Strukturräume oder zu differenzierteren raumordnerischen Instrumenten führen würde. Die räumliche Konzentration der Wohnsiedlungsentwicklung in Berlin und im Berliner Umland auf den Gestaltungsraum Siedlung soll dem Umstand Rechnung tragen, dass sich aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung in diesem Raum zunehmend Raumnutzungskonflikte ergeben und sich daraus ein erhöhter raumordnerischer Handlungs- und Steuerungsbedarf ergibt. Im Weiteren Metropolenraum sollen die Zentralen Orte als Rückgrat der polyzentrischen Raum- und Siedlungsstruktur, gestärkt werden. Auch für die übrigen Gemeinden werden Festlegungen getroffen, die eine bedarfsgerechte Entwicklung ermöglichen. Eine Steuerung bestimmter Entwicklungen, wie z.B. der Wohnsiedlungsentwicklung, ist aus überörtlichem Interesse geboten. Eine unzulässige Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten ist nicht zu</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		erkennen. Die Charakterisierung des Weiteren Metropolenraums wird ergänzt.	
Gemeinde Borkheide - ID 441 Bereits die Festlegung eines einzigen Strukturraums „weiterer Metropolenraum“ für alle Gemeinden, die sich nicht im Berliner Umland befinden, ist zu allgemein gehalten und entspricht nicht den tatsächlichen unterschiedlichen Gegebenheiten im Land Brandenburg. So stellt sich die Situation in den Regionen und Landkreisen, die unmittelbar an die Metropole Berlin „andocken“ anders dar, als in jenen Landkreisen die keinen unmittelbaren Berlin Bezug aufweisen. Auch weist etwa die Lausitz mit ihren Schwerpunkten Energie und Bergbau eine gänzlich andere Struktur als die Uckermark oder die Prignitz auf.	III.1.1.3 Strukturraum Weiterer Metropolenraum (WMR)	Mit der Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes, abzugrenzen. Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik hinsichtlich ihres räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes abgrenzen und wurden für jede einzelne Gemeinde betrachtet. Die drei Strukturräume mit ihren jeweils festgelegten Steuerungsansätzen tragen dem unterschiedlichen Steuerungsbedarf ausreichend Rechnung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Räume in sich homogen sind. Die funktionale und qualitative Vielfalt der Räume ist jedoch für das mit der Festlegung verfolgte Ziel nicht relevant. Es ist kein raumordnerischer Steuerungsbedarf erkennbar und wird vom Stellungnehmenden auch nicht dargelegt, welcher zu der Notwendigkeit der Abgrenzung weiterer Strukturräume oder zu differenzierteren raumordnerischen Instrumenten führen würde.	nein
Gemeinde Borkheide - ID 441 Soweit der Planentwurf Regelungen zur wirtschaftlichen Entwicklung trifft, ist nicht verständlich, warum die Gewerbeflächenentwicklung entsprechend des Verweises auf die Plansätze G 5.1, Z 5.2 und Z 5.4 nur unter Beachtung der qualitativen Festlegungen zur Siedlungsentwicklung möglich sein soll. Soweit der Grundsatz „G 2.2 Gewerbeflächenentwicklung“ formuliert, „Die Entwicklung von gewerblichen Bauflächen ist unter Berücksichtigung bzw. Beachtung der qualitativen	III.2.2 Gewerbeflächen- entwicklung	Durch die Festlegung wird grundsätzlich in der gesamten Hauptstadtregion eine gewerbliche Entwicklung – unter Beachtung qualitativer Festlegungen – ermöglicht. Eine qualitative Steuerung der Gewerbeflächenentwicklung ist im Interesse des Gemeinwohls, das hier höher zu gewichten ist als standörtlich uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbeflächen, erforderlich. Durch die Regelung wird keine unzumutbare Einschränkung vorgenommen und relevanten Erfordernissen (z.B. dem	ja

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Festlegungen zur Siedlungsentwicklung gemäß G 5.1, Z 5.2 und Z 5.4 möglich. Gewerbliche Bauflächen sollen bedarfsgerecht und unter Minimierung von Nutzungskonflikten an geeigneten Standorten entwickelt werden." ist denn auch die Begründung dieser Festlegung äußerst knapp gehalten. Sie lässt außer Acht, dass insbesondere in Gemeinden, die über einen Anschluss an Bundes- oder Landesfernstraßen verfügen, sich vielmehr der Anschluss von Gewerbeflächen an die Verkehrswege - auch vor dem Hintergrund der von den Gewerbeflächen möglicherweise ausgehenden Immissionsbelastung - anbietet.</p>		<p>Immissionsschutz) durch Ausnahmetatbestände (Z 5.2 (2)), Rechnung getragen. Zur Verdeutlichung der Ausnahmetatbestände wird eine redaktionelle Klarstellung erfolgen.</p>	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Der Plangeber unterliegt einer Planungspflicht, deren Gegenstand und Umfang, insbesondere aus den § 7 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 1 Abs. 2 ROG folgt. So ist bei der Erfüllung der Aufgabe den Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume durch zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Raumordnungspläne zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern nach § 1 Abs. 1 ROG, entsprechend der in § 1 Abs. 2 ROG statuierten Leitvorstellung eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen ein Einklang bringt und zu einer dauerhaften großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilräumen führt, einzuhalten. Diese Leitvorstellung wird konkretisiert durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, wonach die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zur Sicherung der Chancengerechtigkeit in allen Teilräumen in angemessener Weise gewährleistet werden</p>	<p>III.3.2 Stufen zentralörtlicher Gliederung</p>	<p>Mit dem Planentwurf ist kein Rückzug der Grundversorgung in die Mittelzentren beabsichtigt, vielmehr sieht der Planentwurf vor, in den Mittelzentren regional bedeutsame, übergemeindlich wirkende Funktionen der Daseinsvorsorge räumlich zu bündeln. Die Grundversorgung im Bereich der Daseinsvorsorge obliegt hingegen auf Grundlage der verfassungsgemäßen Vorgaben weiterhin umfassend der gemeindlichen Ebene. Insoweit bewegt sich die Funktionszuweisung ganz im Rahmen der von Bund und Ländern einvernehmlich beschlossenen Aufgabenbeschreibungen zum Zentrale Orte Konzept. Die Ausgestaltung der Zentralen-Orte-Systeme nach den jeweiligen regionalen und landesspezifischen Erfordernissen in den Raumordnungsplänen bleibt zentrale und flächendeckende Aufgabe der Raumordnung. Spezifische räumliche Funktionsbündelungen im Bereich der Grundversorgung sind in den Grundfunktionalen Schwerpunkten vorgesehen, welche die Regionalplanung festlegt.</p>	<p>nein</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>muss. Dies gilt ausdrücklich auch in dünn besiedelten Räumen. Dieser Vorstellung wird der Rückzug der Landesplanung aus der Grundversorgung nicht gerecht. Dass diese Grundprinzipien nach wie vor gelten, hat auch die Ministerkonferenz für Raumordnung am 09.03.2016 noch einmal deutlich gemacht. So heißt es in den insoweit verabschiedeten Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland heißt es zum Gliederungspunkt „Daseinsvorsorge sichern“ ausdrücklich: „Zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse soll die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in allen Teilräumen gesichert werden. Dazu gehört vor allem die Erreich-barkeit von entsprechenden Einrichtungen und Ange-boten für alle Bevölkerungsgruppen. Als Grundlage dafür ist eine Raum- und Siedlungsstruktur anzustreben, die eine sichere, effiziente und kostengünstige infrastrukturelle Versorgung gewährleistet.“ Unter dem Gliederungspunkt 2.1 „Zentrale-Orte-Systeme konsequent anwenden“ heißt es weiter: „Die Ausgestaltung der Zentralen-Orte-Systeme nach den jeweiligen regionalen und landesspezifischen Erfordernissen in den Raumordnungsplänen bleibt zentrale und flächendeckende Aufgabe der Raumordnung. Die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs soll in Grundzentren erhalten werden. [...]“</p>	III.3.2 Stufen zentralörtlicher Gliederung	<p>Mit dem vorgesehenen Zentrale-Orte-System ist die räumliche Bündelung gemeindeübergreifend wirkender Funktionen der Daseinsvorsorge beabsichtigt. Mit der vorgesehenen Festlegung der Stufen der zentralörtlichen Gliederung ist eine zur Verwaltungsgliederung in der Hauptstadtregion passfähige Struktur</p>	nein
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Soweit Kapitel III eine zentral-örtliche Gliederung für den Planungsraum festlegt, ist nicht nachvollziehbar, warum nach wie vor unter der Ebene der Mittelzentren keine Grundzentren als weitere zentrale Orte festgelegt werden. Die bereits mit dem LEP B-B erfolgte Abschaffung der Grundzentren, begegnet nicht nur großen</p>			

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>verfassungsrechtlichen Bedenken, sie steht auch in Widerspruch zur gelebten Praxis. Denn tatsächlich nehmen noch zahlreiche Gemeinden, so auch die Gemeinde Borkheide grundfunktionale Aufgaben wahr, obwohl ihnen diese Aufgaben durch die Landesplanung nicht mehr zugewiesen sind. a) Die - bundesweit einmalige - Abschaffung der zentralörtlichen Ebene der Grundzentren und damit der Rückzug der Landesplanung aus der Sicherung der Grundversorgung begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken, die von brandenburgischen Gemeinden im aktuell vor dem OVG Berlin-Brandenburg anhängigen Normenkontrollverfahren (Az. OVG 10 A 6.16) gegen die Verordnung des Landes Brandenburg zum Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg vom 27.05.2015 (GVBl. 11/15 Nr. 24), die mit Wirkung vom 15.05.2009 rückwirkend in Kraft gesetzt worden ist, nochmals deutlich gemacht wurden. Sie bedeutet einen unzulässigen Rückzug der Landesplanung aus der Sicherung der Grundversorgung.</p>		<p>zur räumlichen Bündelung von Standorten der Daseinsvorsorge beabsichtigt. Die Frage einer raumordnerische Prädikatisierung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Grundzentren setzt die Klärung des Verhältnisses zwischen dem Zentralen Ort und dem zu versorgendem Verflechtungsbereich voraus. Mit der Vielfalt der Ausgangssituationen und dem daraus resultierenden Planungshandeln in den Bundesländern konnte sich im Rahmen der Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung zum Zentrale-Orte-System und im Rahmen der Leitbilder der Raumentwicklung aus dem Jahr 2016 nicht detailliert auseinander gesetzt werden. Die Bundesländer entscheiden vor dem Hintergrund der genannten MKRO-Beschlüsse, die reinen Empfehlungscharakter haben, eigenständig über die konkrete Ausgestaltung, die Funktionszuordnung, die Funktionszuweisung und die Stufen ihres jeweiligen Zentrale-Orte-Systems, die Netzdichte und insbesondere auch hinsichtlich der Frage der Erforderlichkeit eines übergemeindlichen oder eines überörtlichen Funktionsüberhangs Zentraler Orte. Im Land Brandenburg wurden in den 1990er Jahren auf Grundlage des LEP I Brandenburg durch die Regionalplanung rd. 120 der damals etwa 1500 Gemeinden als Zentren der Nahbereichsstufe prädikatisiert, für die jeweils ein übergemeindlicher Verflechtungsbereich darstellbar war. Bis zum Jahr 2003 wurde im Land Brandenburg eine Gemeindegebietsreform durchgeführt, deren Maßgabe es war, die vormaligen Nahbereiche als räumliche Bezugskulisse für die Bildung neuer Verwaltungsstrukturen zu nutzen. Insoweit haben die vormaligen Nahbereichszentren regelmäßig ihren gemeindeübergreifenden Bezugsraum internalisiert. Für Nahbereichszentren in der vormaligen Konstellation blieb vor diesem Hintergrund regelmäßig kein Raum.</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
Gemeinde Borkheide - ID 441 Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesplanung auf, zum alten, in allen anderen bundesdeutschen Flächenstaaten gelebten, System der Zentralen Orte mit Oberzentren, Mittelzentren und Grundzentren zurückzukehren. Jedenfalls erfordert die Planungspflicht des Plangebers die Funktion der Gemeinden, die Aufgaben der Grundversorgung wahrnehmen, abzusichern. Durch das System der grundfunktionalen Schwerpunkte, wie es im Entwurf des LEP-HR vorgesehen ist, erfolgt jedoch solche Absicherung nicht. Sollte das System beibehalten werden, fordern wir, dass klare Regelungen bezüglich der Ausweisung grundfunktionaler Schwerpunkte in den Regionalplänen und deren Zeitpunkt getroffen werden. Unabdingbar ist dann auch eine Regelung zur kurzfristigen Absicherung der vorhandenen Versorgungsstrukturen.	III.3.2 Stufen zentralörtlicher Gliederung	Bis zum Jahr 2003 wurde im Land Brandenburg eine Gemeindegebietsreform durchgeführt, deren Maßgabe es war, die vormaligen Nahbereiche als räumliche Bezugskulisse für die Bildung neuer Verwaltungsstrukturen zu nutzen. Insoweit haben die vormaligen Nahbereichszentren regelmäßig ihren gemeindeübergreifenden Bezugsraum internalisiert. Für Nahbereichszentren in der vormaligen Konstellation blieb vor diesem Hintergrund regelmäßig kein Raum. Es ist auch nicht erkennbar, dass es ein Erfordernis gibt, die Kategorie der Nahbereichszentren für Funktionsschwerpunkte zur Ordnung der Daseinsvorsorge neu zu etablieren. Belange, die dies erforderlich erscheinen lassen würden, wurden nicht vorgetragen.	nein
	III.3.6 Funktionszuweisung Grundversorgung außerhalb Zentraler Orte	Die Gemeinde übernimmt Aufgaben der Grundversorgung. Da keine Grundzentren vorgesehen und für diese insoweit auch keine Funktionsbestimmung existiert, ist nicht erkennbar, worin die angesprochenen grundfunktionalen Aufgaben liegen könnten. Soweit für Gemeindeteile darauf orientiert wird, als Grundfunktionaler Schwerpunkt festgelegt zu werden, wäre dies im Rahmen der regionalplanerischen Verfahren zu diesem Thema geltend zu machen.	nein

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>medizinischen Versorgung verfügt die Gemeinde über eine Allgemeinmedizinische Arztpraxis, eine Zahnarztpraxis, eine Logopädie- und eine Physiotherapie-Praxis. Ein festes Angebot an Lebensmitteln wird durch zwei Lebensmitteleiscounter abgesichert. Die Zahl der angemeldeten Gewerbe bleibt seit 2005 auf einem stabilen Stand zwischen ca. 170 und 195 Gewerben. In der Gemeinde Borkheide befinden sich zudem eine Sparkassenfiliale und eine Filiale der Deutschen Post.</p>			
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Dem mit der Abschaffung der Grundzentren verbundenen Defizit kann der Entwurf des LEP HR nicht ausreichend dadurch begegnen, dass er in Plansatz Z 3.7 „Grundfunktionale Schwerpunkte - Festlegung durch die Regionalplanung" folgendes vorsieht: „Grundfunktionale Schwerpunkte werden zur räumlichen Bündelung von Grundversorgungseinrichtungen in den Regionalplänen im Land Brandenburg festgelegt. Die Grundfunktionalen Schwerpunkte sind im Regionalplan verbindlich (als Ziel der Raumordnung) festzulegen. Die Grundfunktionalen Schwerpunkte sind regelmäßig die Ortslagen der vor der kommunalen Gebietsreform 2003 ursprünglich selbständigen Städte und Gemeinden ohne die hinzugeetretenen Ortsteile. Wo erforderlich, sind zusätzliche Ortsteile zu benennen oder ausdrücklich auszunehmen. Die Grundfunktionalen Schwerpunkte in den Achsengemeinden des Berliner Umlandes sind innerhalb des Gestaltungsraumes Siedlung festzulegen." Schließlich wird ausweislich der Begründung ein ehemaliges, vor Geltung des LEP BB bestehendes, Grundzentrum durch eine entsprechende Ausweisung als grundfunktionaler Schwerpunkt in einem Regionalplan ausdrücklich nicht wieder zentraler Ort. Auch wenn</p>	<p>III.3.7.1 Funktionsbestimmung Grundfunktionale Schwerpunkte</p>	<p>Es trifft zu, dass Grundfunktionale Schwerpunkte keine zentralen Orte darstellen. Es ist aber nicht erkennbar, worin das vermeintliche Defizit bestehen soll. Mit dem vorgesehenen Zentrale-Orte-System ist die räumliche Bündelung gemeindeübergreifend wirkender Funktionen der Daseinsvorsorge beabsichtigt. Mit der vorgesehenen Festlegung der Stufen der zentralörtlichen Gliederung ist eine zur Verwaltungsgliederung in der Hauptstadtregion passfähige Struktur zur räumlichen Bündelung von Standorten der Daseinsvorsorge beabsichtigt. Im Land Brandenburg wurden in den 1990er Jahren auf Grundlage des LEP I Brandenburg durch die Regionalplanung rd. 120 der damals etwa 1500 Gemeinden als Zentren der Nahbereichsstufe prädikatisiert, für die jeweils ein übergemeindlicher Verflechtungsbereich darstellbar war. Bis zum Jahr 2003 wurde im Land Brandenburg eine Gemeindegebietsreform durchgeführt, deren Maßgabe es war, die vormaligen Nahbereiche als räumliche Bezugskulisse für die Bildung neuer Verwaltungsstrukturen zu nutzen. Insoweit haben die vormaligen Grundzentren regelmäßig ihren gemeindeübergreifenden Bezugsraum internalisiert. Für Grundzentren in der vormaligen Definition bleibt vor diesem Hintergrund regelmäßig kein Raum. Es ist auch nicht erkennbar,</p>	<p>nein</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>mit der Ausweisung als grundfunktionaler Schwerpunkt landesplanerische Privilegien - etwa in Bezug auf die Wohnsiedlungsentwicklung gemäß Plansatz Z. 5.7 - einhergehen, wird die frühere Stellung der Grundzentren nicht wiederhergestellt.</p>		<p>dass es ein Erfordernis gibt, die Kategorie der Grundzentren für Funktionsschwerpunkte zur innergemeindliche Ordnung der Daseinsvorsorge neu zu etablieren. Belange, die dies erforderlich erscheinen lassen würden, wurden nicht vorgetragen. Eine Veränderung des Funktionsüberhanges von einem „übergemeindlichen“ zu einem „überörtlichen“ Funktionsüberhang oder die Ansprache von Ortsteilen als Zentrale Orte steht der gesetzlichen Vorgabe des Landesentwicklungsprogrammes 2007 entgegen und wäre ein Widerspruch zur höherstufigen Planungsebene.</p>	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Im Hinblick auf die Steuerung des Einzelhandels wird der Entwurf des LEP HR den von ihm selbst formulierten Rahmenentwicklungen und raumstrukturellen Entwicklungstrends für die Hauptstadregion nicht gerecht. So heißt es im Entwurf des LEP HR (S. 10): „Der Einzelhandel ist von ganz erheblicher Bedeutung für die Substanz und Weiterentwicklung der Strukturen von Städten, Gemeinden und Ortsteilen. Die Erreichbarkeit von Verkaufsgelegenheiten im Einzelhandel ist für Menschen wichtig, unabhängig davon, ob sie in der Stadt leben oder auf dem Land. Neben seiner ursprünglichen Versorgungsfunktion hat der Einzelhandel zumindest für einen Teil der Bevölkerung auch soziale und kommunikative Funktionen.“</p> <p>Soweit der Entwurf des LEP HR in Ziel 3.9 „Errichtung oder Erweiterung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen außerhalb Zentraler Orte“ aber festlegt: „(1) Die Errichtung oder die Erweiterung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen ist abweichend von Z 3.8 Absatz 1 auch außerhalb der Zentralen Orte zulässig, wenn das Vorhaben überwiegend der Nahversorgung dient und sich der Standort in einem Zentralen Versorgungsbereich</p>	<p>III.3.9.1 großflächige Einzelhandels- einrichtungen zur Nahversorgungs- sicherung außerhalb Zentraler Orte</p>	<p>Mit der vorgesehenen Festlegung ist beabsichtigt, großflächige Einzelhandelseinrichtungen in einem begrenzten Umfang auch außerhalb Zentraler Orte zu ermöglichen, wenn diese einen Sortimentsschwerpunkt im Bereich der Nahversorgung haben. Die Sicherung der Nahversorgung in allen Gemeinden ist regelmäßig durch nicht großflächigen Einzelhandel möglich und dürfte auch der der Mehrzahl der Fälle auch in dieser Struktur organisiert werden können. Durch die Veränderungen der Angebotsstrukturen und des Kundenverhaltens ist erkennbar, dass Formate unterhalb dieser Schwelle die Bedürfnisse der Verbraucher nur noch bedingt bedienen. Insoweit gibt es offenbar den Bedarf, auch Einzelhandelseinrichtungen der Nahversorgung großzügiger zu dimensionieren, ohne dass davon problematischere Wirkungen ausgehen werden, als dies bei nicht großflächigen Einzelhandelsbetrieben anzunehmen ist. Insoweit ist zwischen dem Belang des Schutzes der Zentralen Orte und den dort zu platzierenden übergemeindlich versorgenden großflächigen Einzelhandelsbetrieben und der Ermöglichung einer qualifizierten</p>	<p>ja</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>befindet. Ein Vorhaben dient überwiegend der Nahversorgung, wenn die gesamte vorhabenbezogene Verkaufsfläche 2.000 Quadratmeter nicht überschreitet und auf mindestens 75 Prozent der Verkaufsfläche nahversorgungsrelevante Sortimente nach Tabelle 3 Nummer 1.1 angeboten werden. (2) In den gemäß Z 3.7 festgelegten Grundfunktionalen Schwerpunkten ist die Errichtung oder die Erweiterung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen über die in Absatz 1 getroffenen Festlegungen hinaus zulässig, wenn die zusätzliche vorhabenbezogene Verkaufsfläche 1.000 Quadratmeter nicht überschreitet, wobei für diese keine Sortimentsbeschränkung zu beachten ist. macht er die weitere Einzelhandelsentwicklung gerade für jene Gemeinden praktisch unmöglich, für die sowohl die Versorgungsfunktion als auch die soziale und kommunikative Funktion des Einzelhandels für die Bevölkerung eine besonders hohe Bedeutung hat. Mit der Festlegung von Plansatz Z 3.9 ist die Errichtung oder Erweiterung großflächiger Einzelhandelsbetriebe daher außerhalb zentraler Orte nur sehr eingeschränkt möglich. Nicht nachvollziehbar ist, dass - entgegen der ausdrücklich formulierten Notwendigkeiten des Einzelhandels auch im ländlichen Raum - die Voraussetzungen gegenüber dem LEP B-B noch weiter verschärft werden. Während es nach Plansatz Z 4.7 des LEP B-B noch möglich war, großflächige Einzelhandelseinrichtungen in nicht zentralen Orten zu errichten, wenn das Vorhaben ganz überwiegend der Nahversorgung diene und der Standort in einem städtischen Kernbereich oder in einem wohngebietsnahen Versorgungsbereich liegt, wirkt Plansatz 3.9 LEP HR Entwurf insoweit weiter einschränkend, als ein Vorhaben außerhalb zentraler Orte nur dann zulässig ist, wenn das Vorhaben überwiegend der Nahversorgung dient und sich der Standort in einem zentralen Versorgungsbereich befindet. Die wohnortnahe Versorgung wird</p>		<p>Nahversorgung auch außerhalb Zentraler Orte abzuwägen. Bereits der aktuell gültige LEP B-B wie auch der der 1. Planentwurf des LEP HR enthielten Möglichkeiten zur Ansiedlung von Vorhaben des großflächigen Einzelhandels außerhalb Zentraler Orte. Ansiedlungen großflächigen Einzelhandels außerhalb Zentraler Orte sind sowohl vom Sortiment als auch von der Dimensionierung so zu begrenzen, dass sie keine Entwicklungen auslösen, welche die mit dem Zentrale Orte System indendierte räumliche Bündelungswirkung unterlaufen. Zudem ist auszuschließen, dass entsprechende Vorhaben an beliebigen Standorten im Gemeindegebiet einer nicht prädikatisierten Gemeinde angesiedelt werden. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ist deutlich geworden, dass zur Absicherung der Nahversorgung neben kleinflächigen Vorhaben regelmäßig Einzelhandelsvorhaben mit bis 1 500m² Verkaufsfläche ausreichen, um den Bedarf nach Nahversorgungsangeboten zu sichern. Nur bei sehr einwohner- und kaufkraftstarken Gemeinden ist es im Einzelfall verträglich und ggf. auch erforderlich, großflächige Einzelhandelsvorhaben unter Beachtung der gemeindlichen Kaufkraftsituation auch größer zu dimensionieren. Das Interesse der Betreiber entsprechender Einrichtungen hat sich dabei dem Gemeinwohlinteresse der Standortbündelung übergemeindlich wirkender Einrichtungen und der flächendeckenden Versorgung unterzuordnen.</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>damit weiter eingeschränkt. Auch soweit die Regelvermutung eines der Nachversorgung dienenden Vorhabens von 2500 m² auf 2000 m² herabgesetzt wird, erfolgt eine weitere Einschränkung. All dies ist insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bereits Einzelhandelsbetriebe ab einer Verkaufsfläche von 800 m² großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BauNVO (BVerwG, U. v. 24.11.2005 - 4 C 10.04 -, juris) sind, nicht nachvollziehbar. In der Praxis der Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsbetrieben in den letzten Jahren zeigt sich, dass gerade Vollsortimenter entsprechend den Anforderungen eines modernen Einzelhandels regelmäßig mehr als 800 m² Verkaufsfläche benötigen. Damit ist nicht gesagt, dass auch in nicht zentralen Orten „riesige Einkaufscenter auf der grünen Wiese“ errichtet können werden sollen. Notwendig ist aber, eine Verkaufsfläche zwischen 800 und 1.500 m² auch in nicht zentralen Orten möglich zu machen. Dies ist nach den geplanten Festlegungen des LEP HR aber nur unter praktisch äußerst schwer erfüllbaren Voraussetzungen möglich. Dass ein Bedarf nach großflächigen Einzelhandelseinrichtungen auch in nichtzentralen Orten besteht, zeigt der geplante Neubau des Kaufland-Marktes in der Gemeinde Linthe, die wie die Gemeinde Borkheide zum Amt Brück gehört. Der bereits bestehende Markt soll durch einen Markt mit einer Verkaufsfläche von ca. 3.000 m² ersetzt werden. Der Markt dient über die Gemeinde Linthe hinaus auch der Versorgung der Bevölkerung Borkheides. dd) Um derartige, notwendige Erweiterungen von Einzelhandelsbetrieben nicht scheitern zu lassen schlagen wir vor, Plansatz Z 3.9 Abs. 1 LEP HR Entwurf wie folgt zu formulieren: „Die Errichtung oder die Erweiterung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen ab einer Größe von 1.500 m² ist abweichend von Z 3.8 Abs. 1 auch außerhalb der zentralen Orte zulässig, wenn das Vorhaben</p>			

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>überwiegend der Nachversorgung dient und sich der Standort in einem zentralen Versorgungsbereich befindet. Ein Vorhaben dient überwiegend der Nahversorgung, wenn die gesamte vorhabenbezogene Verkaufsfläche 2.000 Quadratmeter nicht überschreitet und auf mindestens 75 Prozent der Verkaufsfläche nahversorgungsrelevante Sortimente nach Tabelle 3 Nummer 1.1 angeboten werden." Mit dieser Regelung wird die Erweiterung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen bis zu einer Größe von 1.500 m² erleichtert. Bei allen Erweiterungen, die über diese Größe hinausgehen, sind die bisherigen Regelungen anzuwenden.</p>			
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Soweit der Plansatz Z.5.3 „Umwandlung von Wochenend- oder Ferienhausgebieten und weiteren Siedlungsflächen“ „Die Umwandlung von Wochenend- oder Ferienhausgebieten und von weiteren hochbaulich geprägten Siedlungsflächen im Außenbereich in Wohnsiedlungsflächen ist zulässig, wenn sie an die vorhandenen Siedlungsgebiete angeschlossen sind.“ die Umwandlung von Wochenend- oder Ferienhausgebieten zum ausdrücklichen Planziel erklärt, ist dies im Grundsatz zu begrüßen. Die in Plansatz Z 5.3. formulierten Einschränkungen führen allerdings in vielen Fällen an der Realität vorbei und erleichtern die Umwandlung von Wochenend- oder Ferienhausgebieten in Wohnsiedlungsflächen in keiner Weise. Denn Wochenend- oder Ferienhausgebiete zeichnen sich regelmäßig dadurch aus, dass sie gerade nicht an vorhandene Siedlungsgebiete angeschlossen sind, sondern sich in landschaftlich besonders attraktiven Lagen abseits von sonstigen Siedlungsgebieten befinden. Zwar ist vor dem Hintergrund des Flächenverbrauchs und</p>	<p>III.5.3 Umwandlung Wochenend- oder Ferienhausgebieten und weitere Siedlungsflächen</p>	<p>Ziel 5.3 legt fest, dass Gemeinden Wochenendhausgebiete oder andere Siedlungsflächen mit baulicher Vorprägung im Außenbereich nur im Einzelfall in Wohnsiedlungsflächen umwandeln, wenn sie an ein vorhandenes Siedlungsgebiet angeschlossen sind. Eine Zersiedelung des Außenbereichs, zusätzliche Erschließungsmaßnahmen und ein zusätzliches Verkehrsaufkommen sollen dadurch vermieden werden. Eine generelle Umwandlungsmöglichkeit von Wochenend- und Ferienhausgebieten ohne Siedlungsanschluss im Außenbereich oder der ersatzlose Verzicht auf den Siedlungsanschluss würde zu einer siedlungsstrukturell unverträglichen Entwicklung mit den genannten Auswirkungen und einer weiteren Zersiedelung der Landschaft führen. Vor allem in Räumen mit schrumpfender Bevölkerungszahl würde sie eine Ausnutzung der vorhandenen, kompakten Siedlungsstrukturen schwächen und die Tragfähigkeit der dortigen sozialen und technischen Infrastrukturen gefährden. Das übergeordnete Ziel einer ausgewogenen nachhaltigen Siedlungsentwicklung innerhalb des gesamten Planungsraumes und der</p>	<p>nein</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>des Freiraumschutzes nachvollziehbar, dass neue Siedlungsflächen an vorhandene Siedlungsgebiete angeschlossen werden sollen. Dies kann aber nicht gelten, wenn - wie in Bezug auf die Wochenend- und Ferienhausgebiete i.S.v. Z. 5.3. geschehen - der Flächenverbrauch bereits eingetreten ist. Tatsächlich wird durch die formulierte Einschränkung in der Zielfestlegung Z 5.3 LEP HR Entwurf nur verhindert, dass das tatsächlich bereits vielfach stattfindende Dauerwohnen legalisiert werden kann. Dass es ein Bedürfnis danach besteht, bisherige Wochenend- und Ferienhausgebiete in Wohnsiedlungsgebiete umzuwandeln, zeigen die momentanen Planungen der Gemeinde Borkheide in Bezug auf die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes. Im Plan sollen Flurstücke, die bisher als Wochenendnutzung ausgewiesen waren als Dauerwohnbebauung ausgewiesen werden. In einem zweiten Schritt sollen die Flächen durch Ergänzungssatzung als Innenbereich festgelegt werden. Nicht nachvollziehbar ist zudem, dass die aus der Umsetzung der Vorgaben von Ziel 5.3 resultierende Wohnungsbestandsentwicklung auf das Entwicklungspotential nichtzentraler Orte gem. Ziel 5.7 angerechnet wird. Dies setzt Fehlanreize. Denn die gewollte Legalisierung von Dauerwohnen in Wochenend- oder Ferienhausgebieten wird, wenn sie zu Lasten der Entwicklung möglicherweise dringend benötigter neuer Wohnsiedlungsgebiete in den nicht-zentralen Orten geht, hierdurch verhindert. Wir schlagen vor, dass sowohl die Voraussetzung, dass auch umgewandelte Wochenend- oder Ferienhausgebiete an vorhandene Siedlungsgebiete angeschlossen sein müssen, als auch der Verweis in Plansatz Z 5.7 auf Plansatz Z 5.3 ersatzlos gestrichen werden.</p>		<p>Vermeidung von Zersiedlung durch weitere Flächeninanspruchnahmen ist hier höher zu gewichten als einzelne Verwertungsinteressen. Bei einer Umwandlung von Wochenendhausgebieten in Wohnen entstehen neue Wohnsiedlungsflächen, die auf die Eigenentwicklung anzurechnen sind. Hinsichtlich der Anrechnung unterscheidet der LEP HR nicht zwischen neuen Wohnsiedlungsflächen und durch Umwandlung entstandene Wohnsiedlungsflächen, da in beiden Fällen Wohnsiedlungsflächen neu entstehen. Dabei ist es unerheblich, ob Wochenendhäuser faktisch bereits für Wohnen genutzt werden.</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
Gemeinde Borkheide - ID 441 Soweit es im Hinblick auf den Plansatz G. 5.5 „Bedarfsgerechte Festlegung von Wohnsiedlungsflächen" heißt, „(1) In den Gemeinden in allen Teilräumen der Hauptstadtregion soll jeweils eine bedarfsgerechte Entwicklung von Siedlungsflächen für die Wohnungsversorgung sichergestellt werden. Dabei sollen die Bedarfskomponenten Neubedarf, Ersatzbedarf sowie die Leerstandsreserven berücksichtigt werden. (2) In den Ober- und Mittelzentren im Weiteren Metropolenraum, die aus der Metropole Berlin über die Schiene in weniger als 60 Fahrminuten erreichbar sind und damit Entlastungsfunktionen für den Kern der Hauptstadtregion übernehmen können, sollen Siedlungsflächen für die Wohnungsversorgung vorrangig im Umfeld der Schienenhaltepunkte entwickelt werden." ist nicht nachvollziehbar, warum Siedlungsflächen für die Wohnungsversorgung ausschließlich in Ober- und Mittelzentren im Umfeld der Schienenhaltepunkte entwickelt werden sollen. Eine gute Infrastrukturanbindung gibt es auch in nichtzentralen Orten.	III.5.5.2 Wohnsiedlungsflächen entwicklung in Ober- und Mittelzentren < 60 Fahrminuten von Berlin	Bei der Strategie der Städte der 2. Reihe werden Zentrale Orte adressiert, die die genannten Entfernungskriterien erfüllen und insbesondere auch aufgrund ihrer hochwertigen bzw. gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge als Entlastungsstandorte geeignet sind, zusätzliche Bevölkerung aufzunehmen. Gleichzeitig kann die Entwicklung in diesen Städten zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung und der Tragfähigkeit vorhandener Infrastruktur beitragen. Weitere Gemeinden und Ortsteile entlang der radialen SPNV-Achsen erfüllen diese Standortvoraussetzungen nicht.	nein
	III.5.7.2 Festlegung/Definition Entwicklungsoption für örtlichen Bedarf	Wohneinheiten werden als amtliche statistische Daten erfasst. Die Definition „Wohneinheiten“ orientiert sich an dem statistischen Merkmal für Wohneinheiten nach dem Merkmalskatalog zum Zensus 2011 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. In das statistische Merkmal sind auch Leerstände im Wohnungsbestand einbezogen. Der WE-Ansatz erfasst hinsichtlich der Gewährleistung der gemeindlichen Eigenentwicklung in einer konkreten Form das landesplanerische Anliegen, die Wohnsiedlungsentwicklung auf den örtlichen Bedarf zu beziehen, der sich aus der natürlichen	ja

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>weitergehende Erläuterung des Begriffes fehlen im Planentwurf aber völlig. Zudem bestehen generelle Zweifel an der Eignung des Begriffes der Wohneinheit für die am örtlichen Bedarf im Rahmen der Eigenentwicklung orientierte Wohnsiedlungsentwicklung. Der Begriff wird - soweit erkennbar - in keinem anderen landesweiten Raumordnungsplan eines bundesdeutschen Flächenstaates verwandt. Vielmehr wird dort, wenn überhaupt eine quantitative Regelung zur Eigenentwicklung getroffen wird, mit dem auch im LEP B-B verwandten Kriterium der Einwohnerzahl der Gemeinden gearbeitet. Die Wahl des Begriffes der Wohneinheit führt auch zu praktischen Problemen: Woher weiß eine Gemeinde etwa, ob in einem ehemaligen „Großfamilienwohnhaus“ nicht mittlerweile Türen und Wände eingezogen sind und mehrere kleine Wohneinheiten geschaffen wurden, wenn insoweit eine Baugenehmigung nicht notwendig war bzw. sie im Baugenehmigungsverfahren nicht beteiligt wurde? Völlig unklar ist auch, ob in Bezug auf die vorhandenen Wohneinheiten Leerstand hinzuzurechnen ist. Verfügt bspw. eine Gemeinde noch über einen erheblichen Leerstand aufgrund von nicht mehr zeitgemäßer Wohnbebauung aus der Zeit vor 1990, hätte sie gegenüber einer Gemeinde, die einen geringeren Bestand an nicht mehr genutzten Wohneinheiten vorhält, aber erhöhten Zuwachs verzeichnet, einen Vorteil. Dies hat der Planentwurf offensichtlich nicht bedacht. Er ist insoweit widersprüchlich.</p>		<p>Bevölkerungsentwicklung ergibt. Der WE-Ansatz ist aber mit prognostischen Unsicherheiten verbunden. Eine Erfassung und Laufendhaltung von Daten über aktuelle WE-Bestände, differenziert nach den auf die Eigenentwicklungsoption anzurechnenden Potenzialen, ist mit hohem Aufwand verbunden, insbesondere für nicht realisierte Wohneinheiten auf FNP- bzw. B-Planflächen. Eine Umsetzung des Ansatzes auf FNP-Ebene kann mit Unwägbarkeiten verbunden sein, da im FNP-Maßstab Annahmen über mögliche WE-Potenziale getroffen werden müssen. Ein Flächenansatz (ha / 1000 EW) setzt hingegen stärkere Anreize, die Siedlungsentwicklung vorrangig auf die Innenentwicklung zu konzentrieren und mit Flächen sparsam umzugehen. Da sich der Flächenansatz auf die Bevölkerungszahl (EW) bezieht, hat er hinsichtlich der Datenbasis auch weniger prognostische Unsicherheiten. Die Argumente gegen den WE-Ansatz wiegen daher schwerer als das landesplanerische Anliegen, den örtlichen Bedarf anhand zusätzlicher Wohneinheiten abzubilden. Im Ergebnis der Abwägung der Anregungen und Bedenken erfolgt die Festlegung der Eigenentwicklung auf Grundlage eines Flächenansatzes (1 ha / 1000 EW), da er für die Gemeinden in der Nachweisführung handhabbarer ist und planerische Vorzüge (Flächensparen) bietet.</p>	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441 Die Eigenentwicklungsoption von 5 % des Wohnungsbestandes der Gemeinden bzw. Gemeindeteile ist zu gering und der Zeitraum von 10 Jahren zu lang gewählt. Auch insoweit finden sich keine vergleichbaren Regelungen in anderen landesweiten</p>	<p>III.5.7.2 Festlegung/Definition Entwicklungsoption für örtlichen Bedarf</p>	<p>Mit der Festlegung wird den Gemeinden, die keine Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung sind, ein planerischer Angebotszuwachs ermöglicht, um den örtlichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu decken. Damit soll für die Gemeinden</p>	<p>ja</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Raumordnungsplänen. Während die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt ohnehin die Siedlungsentwicklung lediglich unter qualitativen Aspekten regeln, überantwortet Baden-Württemberg die Aufgabe Siedlungsbereiche auszuweisen dem Regionalplangeber. Soweit im Übrigen quantitative Festlegungen zur Siedlungsentwicklung in den landesweiten Raumordnungsplänen getroffen werden, sind diese allgemein gehalten, bzw. wie im Fall von Schleswig-Holstein, das eine Entwicklungsoption von 10 % des Wohnungsbestandes zulässt, deutlich offener gestaltet. Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung OVG Berlin- Brandenburg (OVG Berlin- Brandenburg, U. v. 27.08.2003 - 3 D 5/99.NE - juris, Rn. 159), wonach die Raumordnungsplanung den Gemeinden ausreichende Entwicklungsmöglichkeit im Rahmen der Eigenentwicklung aufzuzeigen hat, oder im Rahmen einer Abwägungsentscheidung die Gründe darzulegen hat, warum im Einzelfall diesem Grundsatz nicht entsprochen werden kann, ist daher die pauschale Begrenzung auf 5 % des Wohnungsbestandes für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts nach Art. 28 Abs. 2 GG, Art. 97 LV bedenklich. Schließlich führt die Begrenzung zu einem weitreichenden Eingriff in die Planungshoheit. Der Planentwurf macht aber nicht deutlich, warum die Entwicklung nur 5 % betragen darf und warum der lange Zeitraum von zehn Jahren gewählt ist. Der lange Zeitraum lässt insbesondere keinen Raum für unerwartete Entwicklungen, wie beispielsweise die Flüchtlingskrise im Jahr 2015.</p>		<p>ein ausreichender Spielraum für die Eigenentwicklung gesichert werden, ohne darüber hinausgehend Wachstum auf diese Gemeinden zu lenken und dadurch den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte zu konterkarieren. Anhand der amtlichen statistischen Daten zu WE konnte gezeigt werden, dass die vorgesehene Eigenentwicklungsoption ausreicht und geeignet ist, den Eigenentwicklungsanspruch der Gemeinden zu gewährleisten. Ein Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden ist diesbezüglich zulässig, da das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, schwerer wiegt als das Interesse an quantitativ unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden. Der Landesplanungsvertrag sieht vor, die gemeinsamen Landesentwicklungspläne spätestens zehn Jahre nach ihrer Aufstellung zu überprüfen. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens werden die Wirkungen der Festlegungen evaluiert. Der LEP HR tritt mit Ablauf von 10 Jahren jedoch nicht außer Kraft, sondern gilt solange fort, bis er geändert oder fortgeschrieben wird. Im Rahmen der Planaufstellung konnte gezeigt werden, dass die vorgesehene Eigenentwicklungsoption für einen Zeitraum von 10 Jahren ausreicht und geeignet ist, den Eigenentwicklungsanspruch der Gemeinden zu gewährleisten. Innerhalb dieses Zeitraums liegen auch die Planungszeiträume der Gemeinden, denen damit eine erforderliche Planungssicherheit gegeben wird. Gleichwohl erfolgt die Festlegung der Eigenentwicklung im Ergebnis der Abwägung der Anregungen und Bedenken auf Grundlage eines Flächenansatzes (1 ha / 1000 EW), da er für die Gemeinden in der Nachweisführung handhabbarer ist und planerische Vorzüge (Flächensparen) bietet. Für durch die Regionalplanung auf Ortsteilebene festzulegende Grundfunktionale Schwerpunkte wird im LEP HR-Entwurf zusätzlich</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		eine Wachstumsreserve von 2 ha / 1000 EW vorgesehen.	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Konkret führen diese geplanten Festlegungen für die Gemeinde Borkheide dazu, dass ihre momentanen Planungen möglicherweise in Widerspruch zu den Festlegungen des LEP HR stehen. Die Gemeinde sieht die drei Bebauungspläne „Wohngebiet Neuendorfer Straße“, „Wohnen am Schwedenweg“ und „Schäper Straße“ vor. Erstes und zweites Wohngebiet sollen 10.250 m² und 13.270 m² umfassen. Derzeit stellt die Gemeinde den entsprechenden Flächennutzungsplan auf, der sich in der Genehmigungsphase befindet. Der Plan weist die genannten Gebiete als Wohnsiedlungsflächen aus. Weiterhin sollen Flurstücke, die bisher nur als Wochenendnutzung ausgewiesen waren, als Dauerwohnbebauung ausgewiesen werden. Diese Flächen sollen dann in einem zweiten Schritt in einer Ergänzungssatzung als Innenbereich ausgewiesen werden. Hinzu kommt, dass in der Gemeinde Borkheide im letzten Jahr für fünf Standorte Bauvoranfragen gestellt wurden. Diese mussten abgelehnt werden. Vor dem Hintergrund dieser Feststellungen schlagen wir vor, in Bezug auf den Entwurf zu Plansatz Z. 5.7 folgende Änderungen vorzunehmen: In Bezug auf die Eigenentwicklung sollte lediglich eine allgemeine Regelung getroffen werden. Etwa kann der Plansatz Z 5.7 wie folgt formuliert werden: „In allen Gemeinden oder Gemeindeteilen, die keine Schwerpunkte für die Wohnsiedlung Flächenentwicklung gemäß Z 5.6 sind, ist eine Wohnsiedlungsentwicklung im Rahmen der Eigenentwicklung möglich.“ Die übrigen Absätze von Z 5.7 sind in der Folge zu streichen. Zumindest aber sollte zum im LEP B-B gewählten Einwohnerkriterium, d. h. der Bemessung der</p>	<p>III.5.7.2 Festlegung/Definition Entwicklungsoption für örtlichen Bedarf</p>	<p>Mit der Festlegung wird den Gemeinden, die keine Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung sind, ein planerischer Angebotszuwachs ermöglicht, um den örtlichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu decken. Wachstum auf diese Gemeinden zu lenken, würde den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte konterkarieren. Das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, wiegt hier schwerer als das Interesse an quantitativ unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden. Ein vollständiger Verzicht auf die Beschränkung der Eigenentwicklung der Gemeinden würde dem raumordnerischen Grundsatz im Raumordnungsgesetz des Bundes und der Intention des Plans, die Siedlungsentwicklung auf geeignete Standorte mit ausreichender Infrastruktur räumlich zu konzentrieren, fundamental entgegenstehen. Der WE-Ansatz erfasst hinsichtlich der Gewährleistung der gemeindlichen Eigenentwicklung in einer konkreten Form das landesplanerische Anliegen, die Wohnsiedlungsentwicklung auf den örtlichen Bedarf zu beziehen, der sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergibt. Der WE-Ansatz ist aber mit prognostischen Unsicherheiten verbunden. Eine Erfassung von Daten über nicht realisierte Wohneinheiten auf FNP- bzw. B-Planflächen ist außerdem aufwändig. Ein Flächenansatz (ha / 1000 EW) setzt hingegen stärkere Anreize, die Siedlungsentwicklung vorrangig auf die Innenentwicklung zu konzentrieren und mit Flächen sparsam umzugehen. Da sich der Flächenansatz auf die Bevölkerungszahl (EW) bezieht, hat er hinsichtlich der Datenbasis auch weniger</p>	<p>ja</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Eigenentwicklungsoption in Hektar pro Einwohner zurückgekehrt werden. Außerdem sollte die mögliche Eigenentwicklungsoption der nicht-zentralen Orte erweitert werden. Bleibt man bei der Berechnung anhand von Wohneinheiten, ist eine Eigenentwicklungsoption von 10 % in Bezug auf die bestehenden Wohneinheiten angemessen und, die derzeitige schleswig-holsteinischen Regelung zeigt dies, auch vor dem Hintergrund der Vorgabe von § 2 Abs. 2 Nr. 2 S. 4 ROG nicht zu beanstanden. Bei einer Rückkehr zum Kriterium Hektar pro Einwohner, halten wir eine Entwicklungsoption von 2 ha pro 1000 Einwohner für notwendig. Alternativ oder ergänzend ist der Zeitraum für die begrenzte Wohnflächenentwicklung zu reduzieren. Insoweit ist daran zu denken, nach fünf Jahren eine Evaluierung der getroffenen Regelung mit entsprechender Neuregelung der Zielfestlegung im LEP HR festzuschreiben. Schließlich ist die Formulierung im Ziel 5.7 Abs. 2, dass noch nicht realisierte Wohneinheiten einzubeziehen sind, ersatzlos zu streichen. Diese Zielfestlegung erfordert lediglich erhöhten Planungsaufwand bei den Kommunen, berücksichtigt aber nicht die tatsächlichen Verhältnisse.</p>		<p>prognostische Unsicherheiten. Die Argumente gegen den WE-Ansatz wiegen daher schwerer als das landesplanerische Anliegen, den örtlichen Bedarf anhand zusätzlicher Wohneinheiten abzubilden. Im Ergebnis der Abwägung der Anregungen und Bedenken erfolgt die Festlegung der Eigenentwicklung auf Grundlage eines Flächenansatzes (1 ha / 1000 EW), da er für die Gemeinden in der Nachweisführung handhabbarer ist und planerische Vorzüge (Flächensparen) bietet. Auch auf eine Anrechnung von Potenzialen aus Satzungen nach § 34 Absatz 4 Nr. 2 und 3 BauGB wird verzichtet, da es sich hier im Wesentlichen um bereits bebaute Bereiche, die im FNP bereits als Bauflächen dargestellt sind, bzw. um einzelne Außenbereichsflächen, deren angrenzenden Bereiche bereits baulich vorgeprägt sind, handelt. Ebenso wird auf die Anrechnung von Wohnsiedlungsflächen, die in Flächennutzungsplänen oder in Bebauungsplänen ab dem 15. Mai 2009 dargestellt bzw. festgesetzt wurden, aber noch nicht erschlossen bzw. bebaut sind, verzichtet, da sie an vergleichbare Festlegungen des LEP B-B angepasst sind. Der Landesplanungsvertrag sieht vor, die gemeinsamen Landesentwicklungspläne spätestens zehn Jahre nach ihrer Aufstellung zu überprüfen. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens werden die Wirkungen der Festlegungen evaluiert. Der LEP HR tritt mit Ablauf von 10 Jahren jedoch nicht außer Kraft, sondern gilt solange fort, bis er geändert oder fortgeschrieben wird. Im Rahmen der Planaufstellung konnte gezeigt werden, dass die vorgesehene Eigenentwicklungsoption für einen Zeitraum von 10 Jahren ausreicht und geeignet ist, den Eigenentwicklungsanspruch der Gemeinden zu gewährleisten. Innerhalb dieses Zeitraums liegen auch die Planungszeiträume der Gemeinden, denen damit eine erforderliche Planungssicherheit gegeben wird. Im Falle unerwarteter Ereignisse besteht jederzeit die Möglichkeit, einen LEP auch vor Ablauf der 10-jährigen Überprüfungsfrist fortzuschreiben.</p>	

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Die Festlegungen in Bezug auf die zukünftige Siedlungsentwicklung im Geltungsbereich des zukünftigen LEP HR zielen allesamt darauf ab, dass Wohnsiedlungsflächenentwicklung schwerpunktmäßig in den zentralen Orten sowie dem festgelegten Gestaltungsraum Siedlung stattfinden soll. Dabei stützt der LEP HR diese Festlegungen - ausweislich der zweckdienlichen Unterlagen zur Steuerung der Siedlungsentwicklung - praktisch ausschließlich auf die Annahme, dass außerhalb der vom Plan festgelegten zentralen Orte wie des Gestaltungsraums Siedlung ein Bevölkerungszuwachs nicht zu erwarten und wenn er dennoch stattfinden sollte, ohnehin nicht nachhaltig sein wird. Diese Annahmen und die daraus Festlegungen werden der tatsächlichen Situation in den ländlichen Regionen des weiteren Metropolenraums nicht gerecht. Soweit für die Annahmen auf Bevölkerungsvorausberechnungen zurückgegriffen wird, haben diese sich - jedenfalls in der Vergangenheit - für die Gemeinde Borkheide nicht bewahrheitet. Vor diesem Hintergrund erweist sich der Entwurf des LEP HR in Bezug auf die Siedlungsentwicklung als zu undifferenziert. Da er mit der starren und knappen Vorgabe von 5 % des Wohnungsbestandes für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten (Plansatz Z. 5.7 Abs. 2 LEP HR Entwurf) für einige Gemeinden keine ausreichenden Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der Eigenentwicklung aufzeigt, stellt sich der Entwurf insoweit auch als unverhältnismäßiger Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit nach Art. 28 Abs. 2 GG, Art. 97 LV dar.</p>	<p>III.5.7.2 Festlegung/Definition Entwicklungsoption für örtlichen Bedarf</p>	<p>Mit der Festlegung wird den Gemeinden, die keine Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung sind, ein planerischer Angebotszuwachs ermöglicht, um den örtlichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu decken. Wachstum auf diese Gemeinden zu lenken, würde den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte konterkarieren. Ein Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden ist diesbezüglich zulässig, da das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, schwerer wiegt als das Interesse an quantitativ unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden. Die Ermöglichung von Differenzierungen der Eigenentwicklungsoption würde der intendierten übergemeindlich angelegten raumordnerischen Steuerung entgegenstehen. Grundlage der Berechnungen für die Eigenentwicklungsoption bilden aktuelle amtliche bzw. wissenschaftlich anerkannte Daten. So wurden für die Berechnung der WE-Bedarfe und –Potenziale die amtlichen statistischen Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg genutzt. Gemeindliche Melderegisterdaten sind aus methodischen und rechtlichen Gründen für diese Zwecke nicht nutzbar. Im Ergebnis der Abwägung der Anregungen und Bedenken erfolgt gleichwohl die Festlegung der Eigenentwicklung auf Grundlage eines Flächenansatzes (1 ha / 1000 EW), da er für die Gemeinden in der Nachweisführung handhabbarer ist und planerische Vorzüge (Flächensparen) bietet.</p>	ja

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Soweit der Entwurf des LEP HR in Ziel 5.7 „örtlicher Bedarf, Eigenentwicklung, zusätzliche Entwicklungsoptionen“ formuliert: „(1) In allen Gemeinden oder Gemeindeteilen, die keine Schwerpunkte für die Wohnsiedlungsflächenentwicklung gemäß Z 5.6 sind, ist eine Wohnsiedlungsentwicklung für den örtlichen Bedarf im Rahmen der Eigenentwicklung nach Absatz 2 möglich. (2) Der örtliche Bedarf wird mit einem Umfang von bis zu fünf Prozent des Wohnungsbestandes der Gemeinden bzw. Gemeindeteile (Stand 31. Dezember 2018 [bzw. des Jahres vor Inkrafttreten]) für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten (WE) festgelegt. Noch nicht realisierte Wohneinheiten in rechtsverbindlichen Bebauungsplänen und Satzungen nach § 34 Absatz 4 Nummer 2 und Nummer 3 BauGB werden auf den örtlichen Bedarf angerechnet. Bebauungspläne, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des LEP HR rechtsverbindlich sind, gelten im Hinblick auf die durch diese Bebauungspläne rechnerisch möglichen Wohneinheiten als an das Ziel 5.7 angepasst. (3) Für die gemäß Z 3.7 festgelegten Grundfunktionalen Schwerpunkte wird eine zusätzliche Entwicklungsoption für die Wohnsiedlungsflächenentwicklung festgelegt. Diese kann über den örtlichen Bedarf nach Absatz 2 hinaus in einem Umfang von zusätzlich bis zu 2,5 Prozent des Wohnungsbestandes der jeweiligen Grundfunktionalen Schwerpunkte (Stand 31. Dezember 2018 [bzw. des Jahres vor Inkrafttreten]) für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten (WE) betragen. (4) Über den in Absatz 2 genannten Rahmen hinaus kann die Entwicklung von Wohnsiedlungs-flächen für weitere Wohneinheiten (WE) im Ausnahmefall zugelassen werden, wenn die</p>	<p>III.5.7.2 Festlegung/Definition Entwicklungsoption für örtlichen Bedarf</p>	<p>Mit der Festlegung wird den Gemeinden, die keine Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung sind, ein planerischer Angebotszuwachs ermöglicht, um den örtlichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu decken. Wachstum auf diese Gemeinden zu lenken, würde den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte konterkarieren. Ein Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden ist diesbezüglich verhältnismäßig und zulässig, da das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, hier schwerer wiegt als das Interesse an quantitativ unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden. Auf eine Anrechnung von Potenzialen aus Satzungen nach § 34 Absatz 4 Nr. 2 und 3 BauGB wird im Ergebnis der Abwägung der Anregungen und Bedenken jedoch verzichtet, da es sich hier im Wesentlichen um bereits bebaute Bereiche, die im FNP bereits als Bauflächen dargestellt sind, bzw. um einzelne Außenbereichsflächen, deren angrenzenden Bereiche bereits baulich vorgeprägt sind, handelt. Auch auf die Anrechnung von Wohnsiedlungsflächen, die in Flächennutzungsplänen oder in Bebauungsplänen ab dem 15. Mai 2009 dargestellt bzw. festgesetzt wurden, aber noch nicht erschlossen bzw. bebaut sind, wird verzichtet, da sie an vergleichbare Festlegungen des LEP B-B angepasst sind. Ebenso erfolgt die Festlegung der Eigenentwicklung im Ergebnis der Abwägung auf Grundlage eines Flächenansatzes (1 ha / 1000 EW), da er für die Gemeinden in der Nachweisführung handhabbarer ist und planerische Vorzüge (Flächensparen) bietet.</p>	<p>ja</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Entwicklung durch einen nachgewiesenen Bedarf wegen einer spezifischen Funktion der Gemeinde gerechtfertigt ist." geht diese geplante Festlegung an der Realität in der Gemeinde Borkheide vorbei. Die einschränkenden Zielfestlegungen berücksichtigen nicht, dass sich in zahlreichen brandenburgischen Gemeinden - so auch in der Gemeinde Borkheide - die tatsächliche Entwicklung in den letzten Jahren anders gestaltete, als dies Bevölkerungsprognosen vorhergesagt haben. Tatsächlich steigt die Bevölkerungszahl in Borkheide kontinuierlich. Während die Gemeinde im Jahr 2005 1.722 Einwohner hatte, lag die Einwohnerzahl im Jahr 2010 bereits bei 1.845 Einwohnern, 2013 bei 1.863, 2014 bei 1.885, 2015 bei 1.910 und zum 28.11.2016 bei 1.932 Einwohnern. Vor diesem Hintergrund ist für die Gemeinde Borkheide nicht nachvollziehbar, dass die Einschränkung der Wohnsiedlungsflächenentwicklung gegenüber den ohnehin schon engen Festlegungen des LEP B-B noch verstärkt wurde. Insbesondere die Tatsache, dass nicht realisierte Wohneinheiten in rechtsverbindlichen Bebauungsplänen oder Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nr. 2 u. 3 BauGB auf den zu berechnenden örtlichen Bedarf angerechnet werden sollen, verkennt die Realitäten in brandenburgischen Gemeinden, denn vielfach sind diese Flächen zwar planungsrechtlich geeignet, aber aus anderen tatsächlichen Gründen für eine Wohnbebauung ungeeignet. Vor diesem Hintergrund ist die vorgeschlagene Festlegung vor dem Hintergrund der gemeindlichen Planungshoheit verfassungsrechtlich bedenklich (vgl. insoweit VGH Kassel, B. v. 5.2.2010 - 11 C 2691/07.N, 11 C 2715/07.N, 11 C 38/08.N, 11 C 259/08.N, 11 C 1549/08.N - juris, Rn. 151, der die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Beschränkung der Siedlungsentwicklung nur deshalb als verhältnismäßigen Eingriff in die Planungshoheit einordnet, weil vorhandene Bauflächen im Hinblick auf die Siedlungsflächenbeschränkung</p>			

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
unberücksichtigt bleiben sollen).			
Gemeinde Borkheide - ID 441			
<p>In Bezug auf den Freiraumverbund lässt die Festlegungskarte zum Entwurf LEP HR keine Rückschlüsse darauf zu, an welchen Stellen und aus welchen Gründen tatsächlich der Freiraumverbund festgelegt werden soll. Um insoweit fundiert Stellung zu nehmen bzw. sich kritisch mit den Festlegungen auseinandersetzen zu können, ist es zwingend notwendig, dass eine Karte vorgelegt wird, die genau erkennen lässt, an welchen Stellen tatsächlich der Freiraumverbund festgelegt werden soll. a) Soweit der Plansatz Z 6.2 Freiraumverbund folgende Festlegungen trifft: „(1) Der Freiraumverbund ist zu sichern und in seiner Funktionsfähigkeit zu entwickeln. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind regelmäßig ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. (2) Ausnahmen sind unter der Voraussetzung, dass - die raumbedeutsame Planung oder Maßnahme nachweislich nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb des Freiraumverbundes durchgeführt werden kann und - die Inanspruchnahme minimiert wird, in folgenden Fällen möglich: - für überregional bedeutsame Planungen oder Maßnahmen, insbesondere für eine überregional bedeutsame linienhafte Infrastruktur, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht, - für Wohnsiedlungsentwicklung, soweit sie in einer Gemeinde nachweislich auf Flächen außerhalb des Freiraumverbundes nicht möglich ist. „ ist den Festlegungen in ihrer Abstraktheit zunächst nichts entgegen zu halten. Allerdings fehlt es - wie gesagt - an einer eindeutigen Identifizierbarkeit der</p>	<p>III.6.2.1.1.1 Methodik/Abgrenzung Freiraumverbund</p>	<p>Flächenhafte Festlegungen erfüllen die Anforderungen an die räumliche Bestimmtheit von Zielen der Raumordnung, wenn sie – wie hier – maßstabsgerecht gebietsscharf abgrenzt sind. Planungen oder Maßnahmen im Randbereich sind im Zweifel nicht von der Festlegung erfasst. Die gemeindliche Planungshoheit wird durch die gewählte Signatur gewahrt. Parzellenscharfe Festlegungen sind der Raumordnungsplanung insbesondere zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie grundsätzlich nicht erlaubt. Die Gebietskulisse des Freiraumverbundes lag den Stellungnehmenden mit dem Planentwurf in einem für die Landesentwicklungsplanung angemessenen Maßstab vor. Dieser bringt zwingend einen maßstabsbedingten Abstraktionsgrad der zeichnerischen Darstellung mit sich, innerhalb dessen jedoch die räumliche Eindeutigkeit in der Darstellung vollständig gegeben ist. Die mit der gewählten Signatur einer Schraffur verbundene Unschärfe der äußeren Gebietsabgrenzung ist der landesplanerischen Ebene angemessen und erfordert regelmäßig Einzelfallprüfungen im Zweifel zugunsten eines beeinträchtigenden Vorhabens; in der Regionalplanung soll eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung erfolgen. Innerhalb der Gebietskulisse entsteht aus der Schraffur kein Interpretationsspielraum. Auf die ausreichende Lesbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit der Darstellung weisen nicht zuletzt die zahlreichen ortskonkret formulierten Anregungen und Bedenken anderer Stellungnehmender hin.</p>	<p>nein</p>

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
Festlegungen auf der Festlegungskarte.			
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Soweit aus dem grobmaschigen Raster erkennbar, ist allerdings der Freiraumverbund im Verhältnis zu den Festlegungen des LEP B-B durchaus geändert worden. Warum diese Änderungen im Einzelfall vorgenommen worden sind, ist aber weder aus der Begründung des LEP HR, noch aus den beigegeführten umfangreichen zweckdienlichen Unterlagen ersichtlich. Auch insoweit ist daher eine konkrete Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht möglich. Es müsste vorab erst einmal erläutert werden, warum an einigen Stellen Neufestlegungen des Freiraumverbundes erfolgt sind bzw. an anderen Stellen Festlegungen zum Freiraumverbund aufgehoben worden sind. Es lässt sich anhand der Festlegungskarte nicht feststellen, ob die Gemarkung der Gemeinde Borkheide zum Freiraumverbund gehört. Sie ist jedoch von Freiraumverbundflächen umschlossen. Insoweit führt die grobe Karte zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit auf Seiten der Gemeinde bezüglich Vorhaben auf dem eigenen Gebiet als auch bezüglich Vorhaben auf dem Gebiet der umliegenden Gemeinden.</p>	<p>III.6.2.1.1.1 Methodik/Abgrenzung Freiraumverbund</p>	<p>Es werden keine standortkonkreten Belange vorgetragen. Teilräumliche Änderungen der Gebietskulisse des Freiraumverbundes gegenüber dem geltenden Landesentwicklungsplan beruhen insbesondere auf aktualisierten Datengrundlagen und einer methodischen Weiterentwicklung. Alle vorgetragenen ortsbezogenen Anregungen und Bedenken hierzu werden im Einzelnen geprüft und abgewogen. Eine Pflicht zur Beibehaltung der bisherigen Gebietskulisse aus dem aktuell noch geltenden LEP ist nicht herleitbar, zumal ein solches Vorgehen auch dem Zweck der Fortschreibung von Raumordnungsplänen unter Nutzung aktualisierten Datenmaterials widerspräche. Die Gebietskulisse des Freiraumverbundes lag den Stellungnehmenden mit dem Planentwurf in einem für die Landesentwicklungsplanung angemessenen Maßstab vor. Dieser bringt zwingend einen maßstabsbedingten Abstraktionsgrad der zeichnerischen Darstellung mit sich, innerhalb dessen jedoch die räumliche Eindeutigkeit in der Darstellung vollständig gegeben ist. Die mit der gewählten Signatur einer Schraffur verbundene Unschärfe der äußeren Gebietsabgrenzung ist der landesplanerischen Ebene angemessen und erfordert regelmäßig Einzelfallprüfungen im Zweifel zugunsten eines beeinträchtigenden Vorhabens; in der Regionalplanung soll eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung erfolgen. Innerhalb der Gebietskulisse entsteht aus der Schraffur kein Interpretationsspielraum. Auf die ausreichende Lesbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit der Darstellung weisen nicht zuletzt die zahlreichen ortskonkret formulierten Anregungen und Bedenken anderer Stellungnehmender hin. Gleichwohl wird aufgrund anderer</p>	ja

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		eingegangener Anregungen die Methodik zur Abgrenzung des Freiraumverbundes modifiziert; hieraus resultieren Änderungen der Gebietskulisse. Im Ergebnis ist das Gemeindegebiet zu geringeren Teilen Bestandteil des Freiraumverbundes.	
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Soweit der Entwurf des LEP HR die Bedeutung der Hauptstadtregion in Europa anerkennt und insoweit eine Weiterentwicklung der verkehrlichen Vernetzung fordert, ist hiergegen nichts einzuwenden. Kritisch ist aus gemeindlicher Sicht aber anzumerken, dass Verkehrsverbindungen zwischen den nicht-zentralen Orten im Entwurf des LEP HR keine Rolle spielen. So formuliert Plansatz Z 7.2 „Verkehrsverbindungen innerhalb der Hauptstadtregion“, dass „Großräumige und überregionale Verkehrsverbindungen zwischen den zentralen Orten der Hauptstadtregion vorrangig zu sichern und nachfragegerecht zu entwickeln“ sind. Mit der Bestimmung einer vorrangigen Sicherung und Entwicklung überregionaler Verkehrsverbindungen zwischen zentralen Orten wird der auch zwischen den - aufgrund der Abschaffung der Grundzentren - nicht mehr zentralen, aber dennoch bedeutenden Orten in Brandenburg nicht Rechnung getragen.</p>	III.7.2 Verkehrsverbindungen zwischen Zentralen Orten	Die Betrachtung von raumordnerischen Verbindungsbedarfen erfolgt für die Zentralen Orte, da diese aufgrund ihrer übergemeindlichen Versorgungs- und Entwicklungsfunktion eine besondere Bedeutung haben und als raumordnerische Kategorie festgelegt werden. Auf regionaler Ebene übernehmen die Grundfunktionalen Schwerpunkte ergänzende (Verkehrs-) Verknüpfungsfunktionen. Diese sollen – maßstabsgerecht - durch die Regionalplanung festgelegt werden. Auf der Ebene der Regionalplanung sind grundsätzlich Festlegungen zu regionalen Verbindungsbedarfen denkbar, sofern und soweit dafür aufgrund regionaler Erfordernisse ein Regelungsbedarf besteht und die Kompetenzgrenzen der Raumordnung gewahrt bleiben. Nähere Vorgaben zu machen ist einer neuen Richtlinie für die Regionalplanung vorbehalten.	nein
<p>Gemeinde Borkheide - ID 441</p> <p>Die Gemeinde Borkheide ist - wie bereits dargestellt - ein attraktiver Wohnort für Pendler nach Berlin und Potsdam. Das Amt Brück verfügt über drei Haltepunkte auf der Linie des RE 7 von Dessau über Potsdam und Berlin nach Wünsdorf-Waldstadt, zu denen auch der Bahnhof Borkheide gehört. Allerdings verkehrt der Regionalzug nur im Stundentakt. Eine Umstellung auf einen</p>	III.7.2 Verkehrsverbindungen zwischen Zentralen Orten	Die Betrachtung von raumordnerischen Verbindungsbedarfen erfolgt für die Zentralen Orte, da diese aufgrund ihrer übergemeindlichen Versorgungs- und Entwicklungsfunktion eine besondere Bedeutung haben und als raumordnerische Kategorie festgelegt werden. Auf regionaler Ebene übernehmen die Grundfunktionalen Schwerpunkte ergänzende (Verkehrs-) Verknüpfungsfunktionen. Diese sollen –	nein

Dokumentation der Abwägung der zum 1. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Halbstundentakt zumindest zu den Pendlerstoßzeiten ist zwingend erforderlich um Verkehrsströme auf der Straße, insbesondere auf den Autobahnen A 9 und A 10 zu verringern. Das hohe Verkehrsaufkommen belegt die Verflechtung der Gemeinde mit dem Berliner Umland und der Hauptstadt. Der Entwurf des LEP HR wird dem allerdings nicht gerecht, indem er ausschließlich den zentralen Orten ohne Rücksicht auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der unterschiedlichen Gemeinden des Weiteren Metropolenraum, Absicherung und Entwicklung der großräumigen und überregionalen Verkehrsverbindungen zubilligt. Der vorrangigen Entwicklung von Verkehrsverbindungen zwischen den zentralen Orten sollte daher im Rahmen des Plansatzes Z 7.2 in jedem Falle ergänzend hinzugefügt werden, dass auch die Verkehrsverbindungen zwischen nicht-zentralen Orten gesichert und nachfragegerecht entwickelt werden sollten. In der derzeitigen Form treffen die geplanten Festlegungen des LEP HR eine Regelung, die von den in ihrer Zahl weitaus überwiegenden brandenburgischen Gemeinden, die nicht-zentrale Orte sind, nicht akzeptiert werden können.</p>		<p>maßstabsgerecht - durch die Regionalplanung festgelegt werden. Auf der Ebene der Regionalplanung sind grundsätzlich Festlegungen zu regionalen Verbindungsbedarfen denkbar, sofern und soweit dafür aufgrund regionaler Erfordernisse ein Regelungsbedarf besteht und die Kompetenzgrenzen der Raumordnung gewahrt bleiben. Nähere Vorgaben zu machen ist einer neuen Richtlinie für die Regionalplanung vorbehalten.</p>	

Gemeinde Borkwalde - ID 442

Da seit der Erarbeitung des LEP BB einige Jahre vergangen sind (dieser ist seit dem 30.03.2009 - mit Unterbrechungen - in Kraft), ist die Notwendigkeit der Überarbeitung auch aus unserer Sicht gegeben. Zudem können mit dem Landesentwicklungsplan HR auch die vorhandenen rechtlichen Zweifel an der Wirksamkeit des LEP BB ausgeräumt werden. Der neue LEP HR setzt die im bisherigen Planwerk enthaltene Konzentration der Siedlungsentwicklung im engen Verflechtungsraum fort. Das Leitbild „Stärken stärken“, dass das Leitbild der dezentralen Konzentration abgelöst hat, setzt

II.A.14
Weitere Anregungen
zum Themenfeld
Rahmenbedingungen/
Entwicklungstrends

Auch der Entwurf des LEP HR setzt - wie die Raumordnungspläne in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland - in Ableitung der Vorgaben aus dem Raumordnungsgesetz - auf die Konzentration der Siedlungsentwicklung. Das Leitbild „Stärken stärken“, das das Leitbild der dezentralen Konzentration abgelöst hat, setzt auf eine verstärkte Entwicklung in den vorhandenen Entwicklungszentren. Der Planentwurf nimmt auch auf die Entwicklung der letzten Jahre Bezug.

nein